

Stellungnahme des Herrn Stv. Berkei für die CDU-Fraktion zum Haushalt 2017

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,
Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,

zunächst mal allen inhaltlich noch folgenden Dingen bewusst mal vorangestellt, bedanken wir uns seitens der CDU-Fraktion bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und auch der Eigenbetriebe für die Zeit und auch für das Engagement, das sie in die Erstellung der Wirtschaftspläne und des städtischen Haushalts investiert haben. Vielen Dank an der Stelle dafür. Alle Nachfragen und alle hoffentlich immer konstruktive Kritik, die wir in Sitzungen oder in Gesprächen oder auch jetzt dann auch in den anstehenden Haushaltsreden aller Fraktionen vorgebracht haben oder vorgebracht vorbringen werden, die dienen ausdrücklich immer nur der sachlichen Auseinandersetzung und sollten niemals als Angriffe persönlicher Natur verstanden werden. Das nur mal vorab als Vorbemerkung.

Ich erlaube mir in der Haushaltsrede die Akzente weniger auf Details in einzelnen Zahlen zu lenken und stattdessen das Augenmerk mehr auf strategische Überlegungen zu richten, wie wir seitens der CDU-Fraktion glauben, dass wir die Haushaltspolitik der künftigen Jahre gestalten wollen und müssen, um langfristig und auch nachhaltig für Stadtallendorf die richtigen Weichen zu stellen. Geht es doch schließlich darum, weise und nicht jahresweise zu handeln.

Für einen anständigen und adäquaten Blick in die Zukunft halten wir es für hilfreich, bei näherer Betrachtung sich zunächst mal zu vergegenwärtigen, auf welchem Niveau wir uns befinden, insbesondere bezüglich unserer Finanzkraft. Um sich dann die Frage zu beantworten, ob wir meinen, dass wir in guten oder in schlechten Zeiten sind.

Ich will mal versuchen, ein paar Dinge ins richtige Maß zu rücken: Muten doch so manche Formulierungen, die wir in den Beratungen gehört haben im Vergleich zur Faktenlage für mich unangemessen scharf an. So hören wir immer wieder von massiven Einbrüchen in der Gewerbesteuer. Ja, es hat einen Rückgang gegeben; der Rückgang war deutlich, aber wenn wir im Verhältnis zum Vorjahr über naja, round about gute 10 prozentige weniger Einnahmen sprechen, dann können wir aus meiner Sicht nicht ernsthaft sagen, dass die Stadt dann damit finanziell an die Wand fährt. Somit finde ich den Wort das Wort „Einbruch“ zumindestens eine starke, wenn nicht vielleicht eine etwas übertriebene Vokabel. Schaut man sich mal die Grafik zur Gewerbesteuer an, dann drängt sich schon allein optisch auf, dass wenn man die Einnahmen aus der Steuer sich ansieht, lassen wir das Jahr 2012 mal außen vor mit den 40 Mio. Unter Berücksichtigung von bestimmten Schwankungsbreiten ich es mal eher so formulieren würde, dass wir auf einem hohen Niveau verharren.

Zu den Steuern und Hebesätzen ein paar Gedanken:

Im vergangenen Jahr haben wir hart darum gerungen, ob wir eine Erhöhung der Hebesätze für Gewerbesteuer und für Grundsteuer überhaupt mittragen oder nicht. Die Argumente, dass man durch niedrigere Steuersätze letztlich Umlagen auf Einnahmen bezahlt, die man nicht hat, die sind allseits bekannt, die sind auch richtig und die haben wir auch vielfach und ausreichend diskutiert. Wir sind aber der Meinung und zu der Einschätzung gekommen, dass

eine weitere Erhöhung der Grundsteuern auf die Nivellierungssätze insbesondere vor dem genannten Hintergrund der kommunalpolitischen Spielregeln zwar nicht erfreulich sind, für uns auch schweren Herzens, aber zumindestens unter Berücksichtigung dieses Gesamtpaktes der Spielregeln zumindestens sachgerecht ist. Mit der Gewerbesteuer haben wir diesen Schritt ja bereits im Vorjahr vollzogen, mit der Grundsteuer nur anteilig und das ganz bewusst. Hintergrund der damaligen Überlegung war nämlich, den Bürgern durch niedrigere Steuersätze finanziell Luft zu geben. Auch deshalb, weil es die Haushaltslage aus unserer Sicht hergab.

Wenn wir, wie ich gesagt hab, zu so einer Aufhebung auf die Nivellierungssätze grundsätzlich zustimmend sind, will ich aber trotzdem damit 3 Botschaften verbinden:

1. Auch mit den Nivellierungssätzen sind wir im Quervergleich zu anderen Kommunen vergleichbarer Größe nach wie vor attraktiv und auch wettbewerbsfähig. Auf die dazu in den Ausschüssen verteilte Übersicht der Gemeinden über 20.000 Einwohner, die auch öffentlich zugänglich ist, möchte ich an der Stelle gern verweisen.
2. Die Orientierung an den Nivellierungssätzen darf und wird für uns niemals Automatismus sein. Es wird da die Zeit kommen, wo diese Sätze neu festgelegt werden. Eins ist relativ gewiss schon heute, mit niedrigeren Sätzen brauchen wir wahrscheinlich nicht zu rechnen. Wir sind aber nicht bereit, dann blind auf das dann mutmaßlich höhere Niveau zu springen, bevor wir den Menschen, aber auch den Unternehmen und Unternehmern mehr abverlangen, haben wir zunächst aber erst mal unsere eigenen strukturellen Hausaufgaben zu erledigen. Eine Stadt mit der Leistungskraft wie Stadtallendorf kann auch Steuersätze unter dem Durchschnittssatz vertragen. Die
3. Botschaft: Die bei Einbringung des Haushalts durch den Bürgermeister erfolgte Darstellung und der damit verbundene latente Vorwurf, dass wir durch die nicht angehobenen Steuersätze der Stadt quasi na ich nenn es mal Verluste eingefahren haben, die weisen wir zurück. Die Entscheidung war Pro Bürger und nicht Kontra Stadt. Die Gestaltung von Haushalt und Festlegungen ist ja nun mal ureigenstes Recht der Stadtverordneten und es gefällt uns nicht, das sei an der Stelle auch mal gesagt, dass wir uns dafür im Nachgang immer mal wieder rechtfertigen müssen oder es uns vorhalten lassen müssen. Mit einer Anhebung auf die Nivellierungssätze sei auch gesagt, nivellieren wir den kommunalen Finanzausgleich auch ein Stück weit aus. Der wird ja immer gerne als Wurzel allen Übels angeführt.

Hierzu ergänzend mal eine grundsätzliche Anmerkung zur Politik hier vor Ort und Politik auf verschiedenen Ebenen, verbunden auch mit einem Appell: Lassen Sie uns bitte auf der Ebene Politik machen und diskutieren, die uns angeht und das ist die Ebene hier in der Stadt. Den kommunalen Finanzausgleich, bei dem wir nun mal auch wegen unserer Finanzkraft auf der Geberseite sind, haben wir das getan, was wir tun können, wir haben nämlich den Klageweg geschritten. Auch mit Zustimmung von der CDU. Auch unabhängig von der Couleur des Finanzministers, der ist uns nämlich an der Stelle dann weniger wichtig, als das was wir hier vor Ort haben.

Bei allen weiteren Überlegungen und Maßnahmen sollten wir davon wegkommen, bei jeder passenden und auch unpassenden Gelegenheit die Umstände des kommunalen Finanzausgleichs und damit auch uns selbst zu bedauern.

Nun paar Worte, ich nenn es mal Werdegang des Haushalts 2017 aus unserer Sicht:

Unter den genannten Voraussetzungen weniger Gewerbesteuer und und und erklärten uns im alten Jahr zunächst, dass ein ausgeglichener Haushalt nicht darstellbar sei. Im Gegenteil, wir gingen von einer Lücke im Ergebnishaushalt von rund 3,6 Mio. aus. Die Annäherung der

Grundsteuerhebesätze damals bereits gedanklich einkalkuliert. Eine klare Meinung von uns zu den Steuersätzen: Wenn die Stadt mit Hebesätzen in Höhe der Nivellierungssätze mittel- bis langfristig den Ergebnishaushalt nicht ausgleichen kann, ohne zusätzliche Finanzspritzen oder Unterstützungen zu bekommen – wie hilfreich die an der Stelle auch sein mögen – dann haben wir ein strukturelles Problem. Diverse Überlegungen zu möglichen Konsolidierungsmaßnahmen wurden ja im alten Jahr noch im kleinen Kreis erörtert. Ich zitiere mal meinen Fraktionsvorsitzenden an der Stelle, die sog. Liste der Grausamkeiten. Manche der Vorschläge sicherlich gangbar, andere eher abwegig oder vielleicht auch bewusst mal ein bisschen provokativ gesetzt. Das kann man ja mal tun. Einige Zeit später dann die vermeintliche Lösung. Es gibt eine Zuwendung von örtlichen Firmen, die offenbar bereit sind, einen Ausgleich des Haushaltes herbeizuführen. Was ist die gute Botschaft dran? Die gute Botschaft ist, das ist eben auch schon angeklungen, dass wir Unternehmen haben, denen die Bevölkerung und auch die Stadt und deren Handlungsfähigkeit derart wichtig ist. Soweit hervorragend, ohne Frage, und die grundsätzliche Bereitschaft kann auch den betreffenden Firmen nicht hoch genug angerechnet werden. Aber wo klemmt es aus unserer Sicht: Es klemmt in der Konstruktion. Die Konstruktion hat erstens keinerlei Verbindlichkeit, da alles irgendwie im vertraulichen Gespräch, auf Zuruf, per Mail, in Absprache, oder nennen wir es mal allgemein im Benehmen erfolgt ist. Ich hab mir sagen lassen, dass es juristisch sinnvoll sein kann, wenn im Geschäftsleben wenig geregelt ist im Vertragswesen. Das mag so sein. Ich kenn auch die Situation aus dem Geschäftsleben, wo es sinnvoll war, wenn man die Dinge allgemein gehalten hat. Aber in der Größenordnung und für uns als Stadtverordnete in der Tragweite finden wir das aus unserer Sicht zu wenig und zu wenig verbindlich. Der Moment der Erkenntnis, dass es einen Zuschuss in derartiger Höhe geben könnte, war gefühlt auch der Moment, in dem die Gedanken an Sparmaßnahmen und strukturelle Veränderungen, Veränderungen zunächst wieder zu den Akten gelegt wurden. Mit der aktuell dargestellten mündlichen Vereinbarung ergibt sich leider kein Anreiz zu irgendwelchen Aktivitäten dieser Art. Wird doch offenbar ein Restdefizit in beliebiger Höhe gedeckelt, mehr wissen wir nicht. Wird es gedeckelt, wird es ausgeglichen? Ist es variabel oder ist es an irgendwas gekoppelt? All die Dinge sind nicht klar.

So zumindest die aktuellen Ausführungen der Verwaltungen und Reaktion auf unsere Anfrage. Ob sich der Zuschuss in irgendeiner Form an die Betriebsergebnisse oder sonstige strategische Entscheidungen der Geldgeber koppelt, ist nicht bekannt. Die Kommunalaufsicht versucht sich an der Stelle ein Stück weit rauszuhalten oder sich frei zu zeichnen und delegiert die Verantwortung im Verfahren erstmal wieder an uns zurück. Was ich schade finde, weil ich eigentlich davon ausgegangen bin, dass wenn man eine inhaltliche Frage stellt. Gut, wir haben jetzt von der vom von höherer Ebene dann ein paar genauere Informationen, wir haben auch eine relativ ausgefallene juristische Abhandlung von dem Herrn Koch heute gehört. Von daher von der formalen Seite her bin ich mit dem Thema, ob wir einen Zuschuss annehmen dürfen oder nicht, an der Stelle entspannt. Ganz ehrlich, das dürfte kein Problem sein.

Und an den Formalien hätten wir das Thema auch letztlich nicht scheitern lassen wollen. Dass man das mit einer separaten Vorlage jetzt noch mal beschließen müssen hat uns bis vorhin unter der Berücksichtigung der Erkenntnisse, die man da aus den persönlichen Gesprächen noch hat, erst mal nicht eingeleuchtet, weil da ja nichts anderes drinsteht als im Haushalt auch. Und von einem Verschwinden dieses Sachverhalts in den 400 Seiten, wie das mal im Ausschuss genannt wurde, kann eigentlich auch keine Rede sein, weil wenn man von Millionenbeträgen spricht und der geneigte Leser und die meisten Leser diesen Haushalt dann ja überhaupt mal vollständig lesen, die wissen, wo man was findet. Also ich glaube nicht, dass diese Millionenbeträge dadrin verschwinden. Die entscheidenden Stellen wird man schon finden.

Was ich wahrgenommen haben, in Politik, Verwaltung, auch teilweise draußen, dass die Leute sagen, wir habens wieder geschafft im letzten Moment. Die Tür ist zu, wären wir doch dumm, wenn wir das Geld nicht nehmen und, und, und. Menschlich alles nachvollziehbar,

nur nach dem aktuellen Stand erreichen wir, so wie wir es hier verbuchen wollen, mit der Annahme des Zuschusses erst mal eins, dass sich das Defizit dieses Produktes 3001 einmalig von rd. 4,4 Mio. auf nur etwas über 1 Mio. € beläuft. Also letztlich verschwindet das Geld im Ergebnishaushalt im Loch. Insofern bedauerlich, dass wenn wir sonst nichts verändern, dass sich dadurch die mutmaßlich gewünschten, von den Geldgebern gewünschten und kommunizierten Ziele eigentlich gar nicht realisieren lassen, lediglich der Haushalt ist vermeintlich erst mal gerettet. Kein Kindergartenangebot hat sich dadurch verbessert. Keine sanierungsbedürftige Sanitäranlage oder sonstige Sportanlage oder sonstige Dinge, die da genannt wurden, sind in irgendeiner Form besser, abgesehen davon, was man ohnehin an Investitionen geplant hat. Besseres Angebot heißt ja auch immer in irgendeiner Form in der Folgeperiode höherer Aufwand. Dieser wiederum ist im aktuellen Haushalt ja noch gar nicht beziffert, weil wir nicht wissen, weil nicht präzisiert ist, was wir eigentlich genau tun wollen. Hier schließt sich wieder der Kreis zur bereits genannten fehlenden Verbindlichkeit. Wer will was von wem? Meinetwegen noch woraus? Wenn wir in den nächsten beiden Jahren genauso agieren, dann passiert erst mal nur eins: Wir nehmen die insgesamt 5 Mio. € Zuschüsse, die ja insgesamt über die nächsten paar Jahre im Gespräch sind, und stecken sie in Haushaltslöcher, um buchhalterisch und finanzmathematisch an der Stelle die Kurve zu kriegen. Haben aber für die Stadt letztlich zu wenig Geld, außer vielleicht, dass wir eine Diskussion über höhere Steuern und über höhere Abgaben vermeiden. Was ja an sich schön ist, aber manchmal muss man sich Diskussionen auch stellen.

Ein Schreckgespenst möchte ich in diesem Zusammenhang gerne vertreiben. Auch das wurde in der Haushaltseinbringung genannt. Dass wir angeblich massiv in eine Erhöhung der Kindergartengebühren einsteigen müssen, wenn es die Zuschüsse nicht gäbe. Das stimmt so nicht. Schon wieder würde das Thema bei der Haushaltseinbringung ins Rennen geschickt. Leider. Ich weiß nicht, in welche Richtung das läuft, ob man damit auch eine Prise Angst in die Bevölkerung streuen will und auch mit dem Vorgang der Zuwendung da irgendwo als alternativlos Glanzleistungen verkaufen will. Ich weiß es nicht. Ich find es nur nicht hilfreich. Damit erreichen wir nämlich nur eins: Nämlich dass wir die Leute verängstigen und dass man sich schon wieder vor der nächsten Gebührenerhöhung fürchtet. Und mal ganz glatt gesagt, dass vielleicht schon den Farbe für das nächste Transparent angerührt wird. Wir haben eine tragfähige, also wir sind in dem Fall, muss man mal sagen, hier die Flügel, also CDU und SPD, wir haben eine tragfähige und unter sozialen Gesichtspunkte aus meiner Sicht verkraftbare Gebührenstruktur für mehrere Jahre geschaffen. Die muss Bestand haben und die Eltern haben aus unserer Sicht ihren Beitrag geleistet. Und das ist dann auch genug, das was sie geleistet haben. Ein Ausgleich des Haushalts muss irgendwie anderweitig darstellbar sein. Die Aufgabe der Kommune sollte es sein, ausgeglichene Haushalte vorzulegen. Darum geht's. Wenn sie das in einer Periode nicht schafft, dann muss sie darstellen, wie sie den Ausgleich in den Folgejahren machen will. Nicht mehr und nicht weniger. Sanktionen oder Vorgaben, die ergeben sich erst dann, wenn das nachhaltig nicht gelingt. Und das ist dann auch legitim von der Aufsicht. Dafür ist sie ja da. Stichwort wieder: strukturelles Problem, wenn man es auf Dauer nicht schafft.

Aber was wäre jetzt aus unserer Sicht ein gutes Konstrukt gewesen? Oder eine Idee, wie man es hätte vielleicht anders machen können? Warum denn die Mittel nicht irgendeiner Form investiv verwenden? Wenn die Firmen sagen, wir haben ein bestimmtes Projekt, was uns wichtig ist. Ein Kindergarten, eine Sportstätte, was auch immer und wir als Stadt uns verpflichten, die Mittel dort hinein zu geben. Alternativ wenn es die Firmen selbst tun. Mag das offenes Sponsoring sein oder wie auch immer das juristische Konstrukt heißt. Ich will nicht formaljuristisch in das Thema einsteigen. Das aber schafft wiederum Freiraum für andere Investitionen bei uns und ggf. Luft für nicht vorzunehmende Abschreibungen oder nicht zu zahlende Zinsen. Auf Nullzinspolitik können wir uns ja auch nicht auf alle Zeiten verlassen. Ggf. dann auch für eine Erweiterung von Betreuungszeiten, je nach Gestaltung. Wichtig ist nur, dass wir bei allem, was wir zwischen den Partnern in einer solchen Absprache vereinbaren, vor allem bezüglich der entstehenden Folgekosten klar sind.

Zuwendungen verschwinden, laufende Kosten bleiben. Diese Klarheit können wir im aktuellen Fall leider nicht erkennen. Warum man die nicht schaffen kann oder will oder wie auch immer können wir auf der Basis der vorliegenden Informationen nicht wirklich verstehend und auch nicht beurteilen. Und hierbei noch mal ausdrücklich betont: Es geht nicht um die Namen der Spender, uns treibt nicht die Neugier. Und jegliche Spekulationen dazu sind auch nicht hilfreich. Aber die schon mehrfach genannte Verbindlichkeit im Verfahren, die wäre auch ohne Nennung von Namen machbar gewesen. Formal müssen wir nach der Beschäftigung mit dem Sachverhalt jetzt feststellen, das Steuergeheimnis, was auch zwischendurch angeführt wird, gilt ja da auch nicht. Weils keine Steuereinnahmen sind. Aber selbstverständlich die Interessen der Beteiligten sollen gewahrt werden und wenn sie nicht genannt werden wollen, wollen sie nicht genannt werden.

Zusammenfassend zu diesem Sachverhalt, ja wir sollten die Zuschüsse annehmen, selbstverständlich und auch zum Wohle der Stadt einsetzen. Aber die Verbindlichkeit und die Klarheit, was die Auswirkungen für die Folgejahre insbesondere angeht, die sind unabdingbar für uns. Und im Interesse auch aller Beteiligten. Auch deshalb, weil man sich auf Augenhöhe begegnen sollte.

Jetzt die Frage, wo setzen wir ansonsten strukturell an: Insbesondere dafür, um den Haushalt oder um den Haushalt künftig nicht bangen zu müssen. Die Frage ist natürlich mehrdimensional. Der Immobilienbestand und die damit verbundenen laufenden Kosten sind natürlich einer der Haupttreiber der städtischen Ausgaben. Das ist klar. Dabei ist eine Immobilie natürlich kein isoliertes Gebilde, sie hängt vielmehr zusammen mit Kostenstellen, mit Nutzern, mit personellen Zuordnungen, damit letztlich auch verwaltungsintern mit Arbeitsplätzen, aber auch mit Folgekosten, mit Abschreibungen und Zinsen. Ziel muss es sein, für jede Immobilie sauer herauszuarbeiten, wie ist die Nutzung, wie ist der Leerstand, was für Alternativen gibt es, echte Alternativen nutzen. Trennt man sich von Immobilien und welche Folgen hat das? Weil einfach verkaufen oder mit irgendwas aufhören, damit ist es auch nicht getan. Weiterhin die Frage: Sind alle Gebührenstrukturen in den Einrichtungen angemessen? Niemand soll geschöpft werden, wenn er mal ein Bürgerhaus bucht. Aber zumindestens den Verbrauch, das gilt auch für Stadthalle und sonstiges, Strom und Wasser und Licht sollte schon bezahlt werden, wenn man eine städtische Einrichtung nutzt. Und das muss auch in irgendeiner Form drin sein. Es verlangt keiner, dass er die Abschreibungen bezahlt, das muss eine Stadt anbieten können. Aber wie gesagt, das plastische Beispiel liegt im Wasser. Das müssen wir in irgendeiner Form hinkriegen.

Wir sind überzeugt davon, dass der Verwalter der Immobilien, das ist die Dul und der Nutzer, also insbesondere die Fachbereiche, enger zusammengebracht werden müssen. Wie wir das tun, ob das über eine transparentere Organisation, ob das über Änderungen der bisherigen Struktur des Eigenbetriebes mündet, ist aktuell noch ergebnisoffen. Das Thema ist in der Diskussion. Klar sollte aber sein, dass wir die laufenden Überlegungen zu dieser grundsätzlichen Frage in diesem Jahr weiter vorantreiben. Dem einst für die Behandlung der städtischen Immobilien ins Leben gerufene Arbeitskreis kommt dabei natürlich eine besondere Aufgabe zu. Nämlich echte Alternativlösungen zu suchen und sich hierbei bitte mal von allen Denkverboten frei zu machen. Wenn heute noch jeder denken würde, ein Kino bleibt immer ein Kino, würde dort unten nicht geboxt. Also es gibt auch Möglichkeiten, Immobilien anders zu nutzen, als man das sich vielleicht vor paar Jahren oder Jahrzehnten vorstellen konnte.

Jede Immobilie für sich betrachtet hat ja ihre Daseinsberechtigung. Sonst wäre sie ja gar nicht in dem Bestand der Stadt gewandert. Aber ob immer heute noch alles durch die Stadt betrieben werden muss, das sollte man eben mal prüfen, oder ob man das nicht auch in andere Hände legen kann in geeigneter Form.

Zum Personal, weil ich das eben schon mal angedeutet hatte: Personelle Veränderungen ergeben sich allenfalls dann, wenn sich strukturell Dinge so massiv verändern, dass

Angebote der Stadt wegfallen. Klar wird sich dann auch am Personal was verändern. Ansonsten rühren wir da aber nicht rum. Ein isoliertes Rühren an den Personalkosten war und ist nie unser Ziel. Im Gegenteil haben wir uns immer dafür ausgesprochen, die Bereiche so auszustatten, dass sie arbeitsfähig sind. Ich verweise an damalige Anfragen insbesondere zum Finanzbereich.

Wenn wir in der Vergangenheit zum Thema Personal und Personalkosten mit Anfragen aktiv geworden sind, diente auch das lediglich der Sache und der Transparenz.

Ich fasse zusammen:

Die Stadt Stadtallendorf ist aus unserer Sicht nach wie vor stark was ihre finanzielle Ausstattung angeht, muss aber noch einige Hausaufgaben erledigen. An bestehende Strukturen, und allen voran die Immobilien, müssen wir ran und diese auf den Prüfstand stellen. Zwar mit Augenmaß, aber dennoch auch dringend und nachhaltig.

Vom Haushalt in seiner Gestaltung fühlen wir uns als Fraktion so wie er uns vorliegt nicht ausreichend mitgenommen oder nennen wir es mal begeistert. Die erforderlichen Spar- und Konsolidierungsbemühungen fehlen uns entweder oder sind noch nicht so ausgeprägt wie sie sein müssten. Die Ansätze für verschiedene Ausgaben sind teilweise eher noch im Steigen begriffen, wir müssen in das Thema insofern noch mal einsteigen, wenn wir abschließende Zahlen, Istzahlen für 2016 vollständig haben. Die buchhalterisch vor allem durch Zuwendungen erzeugte schwarze Null überzeugt ebenfalls abschließend nicht. Zu den Unverbindlichkeiten in der Konstruktion hab ich mich ja ausführlich geäußert. Die schwarze Null hat immer insofern ein Problem, dass sie meistens eigentlich gibt's die ja im normalen Leben gar nicht. Das Leben und auch das Leben in Gemeinden hat Schwankungen. Das geht mal hoch und das geht mal runter. Und wenn man immer schwarze Nullen hat, dann hat man sie entweder von oben oder von unten so gerechnet, dass die schwarze Null passt.

Ja, wir haben das unser Abstimmungsverhalten für heute ausführlich diskutiert vor diesem Hintergrund. Wie wir damit umgehen und für welche Vorgehensweise wir uns entscheiden. Wir werden uns bei der Abstimmung über den Haushalt 2017 sowie des Wirtschaftsplans des Eigenbetriebs DuI enthalten. Damit korrespondiert natürlich auch die Enthaltung für den separaten Beschluss. Das Ding wird formal weil als wir die Ausführung von vorhin nicht kannten für juristisch nicht erforderlich gehalten haben, weil er meint, dass man ihn dann auf irgendeiner Form doch brauch, mag es so sein. Die Entscheidung für eine Enthaltung haben wir uns nicht leicht gemacht. Dennoch sehen wir unter den aktuellen Gegebenheiten leider nur diese Möglichkeit. Eine Ablehnung kommt für uns nicht in Betracht, da wir zu dem Ergebnis gekommen sind, dass wir hierdurch eher Schaden anrichten und im weiteren Fortschritt von den Dingen, die hier angegangen werden müssen im Wege gestanden hätten. Die Wahrscheinlichkeit, dass wir dann heute ohne genehmigten Haushalt rausgehen, wäre ja durchaus gegeben gewesen. Ich weiß ja nicht, wie die anderen sich positionieren.

Dies führt oder dies würde zu weiteren vermutlich monatelangen und zähen Verhandlungsrunden führen, die dann die Verwaltung lähmen würden. Das wollen wir nicht und wir gehen davon aus, dass wir in unserer Entscheidung, den Haushalt damit zumindestens heute Abend passieren lassen. Vorwürfen damit, dass wir damit weder Fisch noch Fleisch sind, dem will ich hier gleich mal den Wind aus den Segeln nehmen. Nein, wir zaudern nicht und wir entziehen uns auch nicht den politischen Debatten. Wir werden die Akzente über die nächste Zeit, also nicht über den Haushalt setzen, sondern in geeigneter Form zu einzelnen Immobilien, Projekten, Investitionen oder auch zu Organisationsfragen in Verwaltung und auch den Eigenbetrieben. Dazu werden wir uns eine Meinung bilden und wir werden diese in geeigneter Form und mit dem nötigen Schwung in den politischen Prozess einbringen.

Dem Wirtschaftsplan der Stadtwerke stimmen wir zu. Zu dem Änderungsantrag der Grünen, den werden wir ablehnen. Aus den genannten Gründen, weil er im Ergebnishaushalt keine Wirkung entfaltet und weil wir glauben, dass wir einfach durch Kürzungen von Investitionen, da sind wir bei der Verwaltung auch in bei den Ausführungen vom Bürgermeister vom vergangenen Dienstag, dass wir damit eher einen Investitionsstau produzieren würden und das finden wir an der Stelle nicht hilfreich, deswegen werden wir diese Vorlage ablehnen.

Ja, meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.